

Überblick über gerichtliche Entscheidungen zur Kaufuntersuchung

Dietrich Plewa

Kanzlei Dr. Plewa & Doppler, Germersheim

Mit Inkrafttreten des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes war für die Tierärzte die Hoffnung verbunden, dass sich rechtliche Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Kauf/Verkauf von Pferden auf das Vertragsverhältnis zwischen Käufer und Verkäufer verlagern und dadurch die haftungsrechtliche Brisanz der Kaufuntersuchung an Bedeutung verliert. Die Erwartung schien begründet im Hinblick darauf, dass die Rechte des Käufers wesentlich gestärkt wurden, zumal im Rahmen eines „Verbrauchsgüterkaufs“. Dennoch hat sich die Hoffnung, Tierärzte würden deutlich seltener wegen – möglicher – Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit einer Kaufuntersuchung in Anspruch genommen, nur teilweise erfüllt.

Die Vertragspflichten

Erfreulicherweise hat sich der Begriff der Kaufuntersuchung inzwischen eingebürgert und den vormals gängigen der Ankaufuntersuchung weitgehend abgelöst (Plewa 2002). Die Rechtsprechung geht – richtigerweise – davon aus, dass mit der Erteilung und Annahme des Auftrages zur Durchführung einer Kaufuntersuchung ein Werkvertrag zu Stande kommt (BGH 1983, OLG Hamm 1996; OLG Celle 2004, LG Mannheim 2008). Für den Tierarzt begründet der Vertrag die Verpflichtung, das Pferd im Rahmen des erteilten Auftrages vollständig zu untersuchen und eine gutachterliche Stellungnahme zum Gesundheitszustand abzugeben, die dem Käufer als Entscheidungsgrundlage dient (Adolphsen 2003). Vertragliche Hauptpflicht des Tierarztes ist es, die Untersuchung entsprechend dem Stand der tiermedizinischen Forschung durchzuführen und die Untersuchungsergebnisse zu bewerten (LG München 2006).

Die Pflichtverletzung

Entscheidende Voraussetzung für eine Schadensersatzpflicht des die Kaufuntersuchung durchführenden Tierarztes ist eine Verletzung der Vertragspflichten. Dabei hat der Auftraggeber die objektive Pflichtverletzung ebenso zu beweisen wie den ursächlichen Zusammenhang mit dem eingetretenen Schaden (OLG Frankfurt 2000). Mit anderen Worten: Derjenige, der Schadensersatzansprüche geltend macht, hat zunächst einmal darzulegen und den Beweis zu führen, dass der Tierarzt die Untersuchung nicht ordnungsgemäß durchgeführt hat.

Zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung gehört auch, dass das Untersuchungsergebnis schriftlich dokumentiert wird,

wobei es allerdings ausreicht, wenn die wesentlichen Untersuchungsergebnisse festgehalten und ergänzend mündlich erläutert werden (OLG Frankfurt 2000). Die Pflichtverletzung muss für den eingetretenen Schaden kausal sein. Dies bedeutet im Verhältnis zum Käufer: Es ist die Frage zu beantworten, ob ein zutreffend informierter Käufer vom Kauf Abstand genommen hätte. Abzustellen ist bei dieser Prüfung auf den hypothetischen Kausalverlauf und die Betrachtungsweise eines „vernünftigen Käufers“ (OLG Hamm 1995).

Grundsätzlich kommt aber auch eine Schadensersatzverpflichtung gegenüber dem Verkäufer in Betracht, etwa dann, wenn der Verkauf des Pferdes an einem vom Tierarzt mitgeteilten Befund scheitert, der tatsächlich nicht vorhanden ist, etwa wegen fehlerhafter Interpretation eines Artefakts (LG Kassel 2005).

Das Dreiecksverhältnis Käufer/Verkäufer/Tierarzt

Das Ergebnis der Kaufuntersuchung wird regelmäßig als aufschiebende oder auflösende Bedingung für das Zustandekommen eines Kaufvertrages vereinbart. Von einer Kaufuntersuchung kann indes nur dann die Rede sein, wenn sie in sehr nahem zeitlichen Zusammenhang mit dem Vertragsabschluss erfolgt. Die Vereinbarung, dass der Kaufvertrag „Gültigkeit nach erfolgter Kaufuntersuchung durch einen Tierarzt“ erlangen soll, ist dahingehend auszulegen, dass der Käufer dann vom Vertrag Abstand nehmen darf, wenn eine unverzüglich durchgeführte tierärztliche Untersuchung des Pferdes zu einem negativen – in der veterinärmedizinischen Terminologie: positiven Befund – führt (OLG Celle 1998). Der Käufer darf die Erfüllung des Kaufvertrages, also die Abnahme des Pferdes und die Bezahlung des Kaufpreises, dann ablehnen, wenn nach Treu und Glauben eine Billigung des Pferdes auf der Grundlage des Ergebnisses der Kaufuntersuchung nicht erwartet werden kann. Das soll auch dann der Fall sein, wenn das Ergebnis der Kaufuntersuchung unrichtig sein sollte und der Verkäufer dem Käufer dieses unter Vorlage einer anderen tierärztlichen Bescheinigung mitteilt (OLG Köln 1994). In der Praxis des Pferdehandels wird oftmals, zumal auf der Grundlage eines weit verbreiteten Vertragsformulars, das Ergebnis der tierärztlichen Kaufuntersuchung zum Inhalt einer Beschaffenheitsvereinbarung im Sinne von § 434 Abs. 1 S. 1 BGB erhoben. Damit wird zunächst das Risiko einer fehlerhaften Bewertung des Pferdes durch den Tierarzt auf den Verkäufer verlagert, weil ein Sachmangel vorliegt, wenn das Pferd der vereinbarten Beschaffenheit, nämlich dem mitgeteilten tierärztlichen Untersu-

chungsergebnis, nicht entspricht. Das gilt auch dann, wenn lediglich eine falsche Einstufung in eine Röntgenklasse vorgenommen wurde und der Röntgenbefund an sich keinen Sachmangel im Sinne von § 434 Abs. 1 Ziff. 1 und/oder 2 BGB darstellen würde, da die vertraglich vereinbarte Beschaffenheit vorrangig festzustellen ist. Im Rahmen der Vertragsfreiheit können die Vertragsparteien an die vertraglich vorausgesetzten gesundheitlichen Eigenschaften eines Pferdes strengere Anforderungen stellen, als sie sich nach der üblichen Soll-Beschaffenheit erbeben würden.

Das aus rechtlicher Sicht Ansprüche gegenüber dem Verkäufer in Betracht kommen, nimmt dem Käufer nicht das Recht, sich an den die Kaufuntersuchung durchführenden Tierarzt zu wenden. Dem Gläubiger des Schadensersatzanspruches bleibt es vielmehr unbenommen, selbst zu entscheiden, welchen von mehreren Verantwortlichen er in Anspruch nimmt. Mehrere Schadensverursacher stehen dabei grundsätzlich als Gesamtschuldner nebeneinander (*Palandt* 2007). Das Argument, der Käufer verstoße gegen seine Schadensminderungspflicht, wenn er sich nicht allein an den Käufer wende oder zumindest vorrangig ihm gegenüber Ansprüche geltend mache, greift nicht durch (OLG Hamm 2005). Das überzeugt durchaus: Mit der gleichen Begründung könnte nämlich der Verkäufer eines Pferdes in einem gegen ihn geführten Schadensersatzprozess eine vorherige Inanspruchnahme des Tierarztes einwenden. Das gilt umso mehr, als der Verkäufer für bei Gefahrübergang bestehende Sachmängel verschuldensunabhängig einzustehen hat, während die Haftung des Tierarztes auf einem schuldhaften, pflichtwidrigen Verhalten beruht (LG Mannheim 2007).

Die röntgenologische Kaufuntersuchung

Zum weit überwiegenden Teil sind Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen – behauptete – Pflichtverletzungen des Tierarztes in dem Rahmen der röntgenologischen Untersuchung. Wird beispielsweise der Bestand eines Kaufvertrages abhängig gemacht davon, dass die Kaufuntersuchung keine „gravierenden Mängel“ des Pferdes ergibt, so handelt der Tierarzt pflichtwidrig, wenn er Röntgenaufnahmen unterdurchschnittlicher Qualität anfertigt, die zumindest den Verdacht auf Röntgenveränderungen der Klasse IV zulassen. Weisen die Bilder zu wenig Kontrast auf und sind deswegen allenfalls unter Zuhilfenahme eines speziellen Computerprogramms verwertbar, so müssten sie den Tierarzt veranlassen, weitergehende Untersuchungen anzustellen (LG Mannheim 2007). Dagegen soll keine Pflichtverletzung vorliegen, wenn der Tierarzt Röntgenbilder des Rückens in die Klasse I einstuft, obwohl darauf Röntgenbefunde der Klasse II erkennbar sind. Zur Begründung wird angeführt, dass nach dem Röntgenleitfaden Röntgenbefunde der Klasse II ohnehin nicht angegeben werden müssen, weshalb sich der Fehler des Tierarztes nicht auswirkt (LG Frankfurt 2005). Der Tierarzt, der Röntgenbefunde der Klasse II nicht aufführt, orientiert sich am Röntgenleitfaden. Er kann derartige Befunde benennen und protokollieren, eine Verpflichtung besteht insoweit jedoch nicht, auch keine lediglich zur Dokumentation des Befundes (OLG Hamm 2005). Allerdings entfällt die Haftung des Tierarztes nicht dadurch, dass lediglich auf Grund mangelhafter Qualität der Röntgenaufnahmen eine Einstufung in die Klasse II erfolgt, wenn sich

auf später angefertigten Röntgenbildern auf Grund besserer Qualität Röntgenbefunde der Klasse III feststellen lassen. Dann nämlich hätte der Tierarzt den Beweis zu führen, dass selbst bei qualitativ ausreichenden Röntgenbildern ein entsprechender Befund nicht hätte erhoben werden können zum Zeitpunkt der von ihm durchgeführten Untersuchung (LG Mannheim 2008).

Kosten/Schadensersatz

Die Kosten einer Kaufuntersuchung trägt grundsätzlich der Auftraggeber. Etwas Anderes muss zwischen Tierarzt und Auftraggeber ausdrücklich vereinbart werden. In der Regel wird zwischen Verkäufer und Käufer unter Einbeziehung des Tierarztes abgesprochen, dass der Käufer die Kosten trägt, wenn er das Pferd abnimmt, der Verkäufer, wenn der Käufer wegen gesundheitlicher Mängel das Pferd nicht abnimmt (LG Aurich 2004). Beteiligt sich der Tierarzt an dieser Vereinbarung nicht, bleibt es bei der Zahlungsverpflichtung seines Auftraggebers.

Die Schadensersatzverpflichtung des Tierarztes geht dahin, den Käufer von den Folgen des für ihn nachteiligen Geschäfts freizustellen. Dies bedeutet: Der Tierarzt hat dem Käufer den aufgewendeten Kaufpreis sowie die ihm entstandenen Aufwendungen für die Unterhaltung des Pferdes zu ersetzen, soweit denen nicht verrechenbare Nutzungsvorteile gegenüber stehen (LG Mannheim 2007). Der Käufer wiederum ist verpflichtet, Zug um Zug gegen Ausgleich seiner Schadensersatzansprüche das Pferd an den Tierarzt herauszugeben und zu übereignen (LG Mannheim 2008).

Literatur

- Adolphsen J. (2003): VersR 2003, 1088, 1089
 BGH (1983): NJW 83, 2078
 LG Aurich (2004): Urteil vom 17.06.2004, Az. 3 O 256/03
 LG Frankfurt (2005): Urteil vom 15.04.2005, Az. 2-10 O 80/04
 LG Kassel (2005): Urteil vom 13.10.2005, Az. 8 O 168/05
 LG Mannheim (2008): Urteil vom 01.04.2008, Az. 11 O 47/06
 LG Mannheim (2008): Urteil vom 01.04.2008, 11 O 67/06
 LG München I (2006): Urteil vom 27.07.2006, Az. 6 O 15185/04
 LG Mannheim (2007): Urteil vom 07.11.2007, Az. 9 O 83/06
 OLG Celle (1998): Urteil vom 16.07.1998, Az. 14 U 170/97
 OLG Celle (2004): Urteil vom 14.09.2004, Az. 21 U 12/04
 OLG Frankfurt (2000): Urteil vom 28.01.2000, Az. 24 U 64/98
 OLG Köln (1994): NJW-RR 1995, 113
 OLG Hamm (1995): NJW-RR 1996, 736
 OLG Hamm (1996): NJW-RR 96, 736;
 OLG Hamm (2005): Urteil vom 05.07.2005, Az. 26 U 2/05
 OLG Hamm (2005): Urteil vom 26.01.2005, Az. 12 U 121/04
 Palandt (2007): Kommentar zum BGB, 66. Auflage, § 421 Rn 11
 Plewa D. (2002) Die Kaufuntersuchung des Pferdes aus rechtlicher Sicht, Pferdeheilkunde 18, 284

Dr. jur. Dietrich Plewa
 Rechtsanwalt
 Dr. Plewa & Kollegen – Rechtsanwälte
 Ludwig-Erhard-Straße 4
 76726 Gernersheim
 rae.plewa-doppler@t-online.de